

A high-contrast, black and white graphic. A hand in a white glove points upwards from the bottom center towards a map of Germany. The map is filled with a dense grid pattern. At the top of the map, there is a white illustration of a large building with a flag on its roof. The text "Sieben Jahre ohne Heimat!" is written across the map in a bold, white, sans-serif font, slanted upwards from left to right.

**Sieben Jahre ohne
Heimat!**

5 959

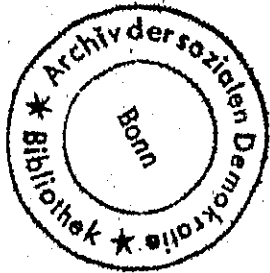
Sieben Jahre ohne Heimat

Erinnert Ihr Euch? Als Ihr aufbracht, im Frühjahr 1945, zu Tausenden, zu Hunderttausenden, zu Millionen, da flüchtetet Ihr vor dem Krieg, vor einem anstürmenden Feind, vor rollenden Panzern, berstenden Granaten und siegestrunkenen Heeren. Er-



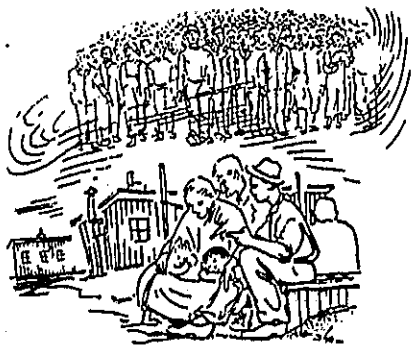
innert Ihr Euch? Ihr brachtet auf in Verzweiflung, in Grauen und Angst, mit der vagen Hoffnung im Herzen, dem Grauen zu entinnen und irgendwo eine Zuflucht, eine Bleibe und vielleicht auch ein paar verstehende und verständnisberelte Herzen zu finden. Als Ihr aufbracht, war hinter Euch der Tod, aber vor Euch war das Leben, vor Euch lag das Ziel oder etwas, das Ihr als Ziel empfinden konntet.

Es sind jetzt sieben Jahre her, und Ihr habt nicht das gefunden, was man ein Ziel, nicht einmal das, was man eine Zuflucht oder eine Bleibe nennen könnte,



A 85-5959

geschwelge denn so etwas wie eine Heimat oder eine Zukunft. Vielleicht habt Ihr ein paar verstehende Herzen hier und da entdeckt, aber auch viel mürrische Gesichter und viel Unverständnis daneben. So steht

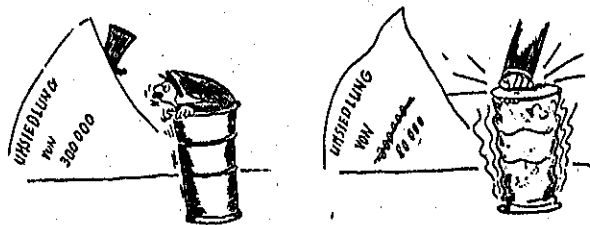


Ihr — jetzt im Jahr 1952, nach sieben langen Jahren der vergeblichen Hoffnungen — wieder im Aufbruch, eine Anzahl ist im Begriff, sich zu einem neuen Treck in eine neue Ungewißheit zu sammeln. Es liegen keine rollenden Panzer bedrohlich hinter Euch, und keine berstenden Granaten; aber hinter Euch liegt ein Abgrund von Enttäuschungen, ein Meer von unerfüllten Hoffnungen.

Warum ist das alles so gekommen?

Jene Länder, in die sich 1945 der Flüchtlingsstrom ergoß, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, waren nicht in der Lage, Millionen Menschen aufzu-

nehmen. Sie waren vor allem nicht in der Lage, Millionen Menschen zu ernähren, weil es ihnen an den nötigen Arbeitsplätzen fehlte. Wo etwa im schleswig-holsteinischen Marschenland oder im Bayerischen Wald sollte man Industrie aufbauen können? So tauchte schon sehr früh der Gedanke einer Umsiedlung auf, und es war der Ministerpräsident der damaligen schleswig-holsteinischen sozialdemokratischen Regierung, Hermann Lüdemann, der als erster die Forderung aufstellte, daß die industriereichen und mit Vertriebenen wenig belegten Länder einen Teil der Überzahl aufnehmen sollten. Das war für viele der in engen Massenquartieren untergebrachten Flüchtlinge der erste Hoffnungsstrahl, und als dann mit der Überwindung der Zonengrenzen und der Konstituie-



rung des Bundestages die ersten Pläne festgelegt und schließlich gar ein Bundesgesetz für die Umsiedlung geschaffen wurde, wuchs der Hoffnungsstrahl zur Zuversicht. 300 000, so sagte das Gesetz, soll-

ten im Jahre 1951 in eine wirklich neue Heimat mit Arbeitsplätzen und Wohnungen umgesiedelt werden. In Wirklichkeit wurden es dann nur 80 000, und da von diesen der größte Teil noch auf Rechnung der für das Vorjahr vereinbarten Quote ging, ist diese in Bonn beschlossene gesetzliche Umsiedlung ein völliger Mißerfolg gewesen.

Das ist eine sehr nüchterne Feststellung. Nur Ihr selbst, diejenigen, die sich für diese Umsiedlung gemeldet hatten, könnt ermaßen, was hinter den Zahlen steckt. Ihr, die Ihr noch immer zu vier, fünf und sechs Personen auf den 12 bis 16 Quadratmetern in der Baracke hausen müßt, irgendwo 20 Minuten Fußweg weit vom Dorf entfernt, mitten im holsteinischen Lehm oder im Bayerischen Wald droben, ohne Arbeit, ohne jede Aussicht auf Arbeit, in einer Umgebung, in der tagaus, tagein, nun schon sieben Jahre lang, nichts anderes ist als links und rechts und gegenüber das gleiche eintönige Leben der Rentner und der Arbeitslosen, der vielen Menschen mit dem gleichen Schicksal, die einst tatkräftige Ostpreußen, zähe arbeitsame Schlesier waren, mit Fäusten, die zupacken konnten, und mit Hirnen, die Aufgaben zu lösen vermochten . . .

Man hat Euch lange hingehalten, mit leeren Versprechungen getröstet, und in den immer wieder neuen Enttäuschungen über die unerfüllten Versprechungen hat sich gewiß so manche Faust geballt, die zuschlagen wollte in der Verzweiflung, aus der es keinen



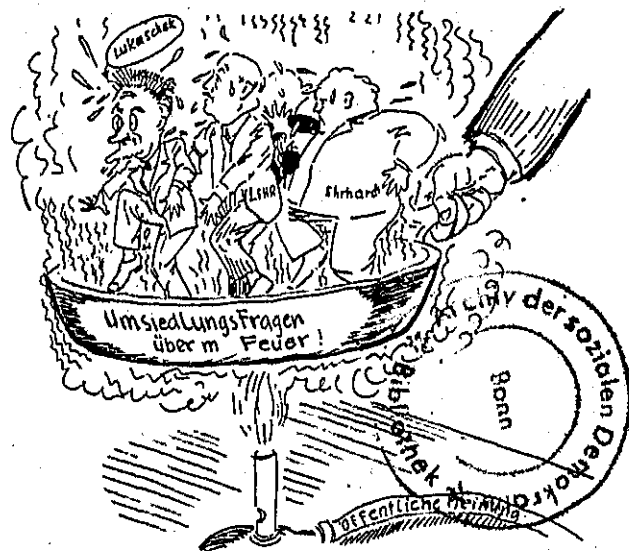
Ausweg gab. In der Hoffnungslosigkeit, in den immer neuen Enttäuschungen wird man müde und kraftlos, und es fehlt schließlich die Kraft, um noch gegen das Bestehende zu revoltieren. Vielleicht hat man Euch deshalb so lange hinhalten können, weil Ihr in Eurem Elend „keine soziale Gefahr“ mehr gewesen seid.

Was alles wurde geredet und geschrieben! Von Eurem bösen Schicksal, von der Überwindung der Not, von Nächstenliebe und Mitgefühl, von Gemeinsamkeit, von Eurer Eingliederung und Eurer Gleichberechtigung — viel mehr noch: es hieß sogar in vielen schönen Reden, daß Ihr wie eine gute Hefe das Volk der Einheimischen durchsetzen, neue Ideen schaffen könntet und daß das ganze Volk an Kraft und innerem Reichtum wachsen werde durch Eure Gegenwart und Eure Mitarbeit. So hieß es mit vielerlei prächtigen Worten.



In der Praxis war das alles anders. In der Praxis gab es für Euch keine Aufwertung der Sparguthaben, gab es Verzögerungen der Rentenzahlungen, niedrigere Pensionen und unterschiedliche Behandlung an mancher Arbeitsstätte und in allen Beamtenpositionen. In der Praxis gab es keine Gleichberechtigung, sondern eine Zurücksetzung, und alle Gesetze, die in der Bundesrepublik für die Reichen gegen die Armen geschaffen wurden, trafen Euch doppelt, weil Ihr nicht einmal der allgemeinen Armut gleichgestellt und

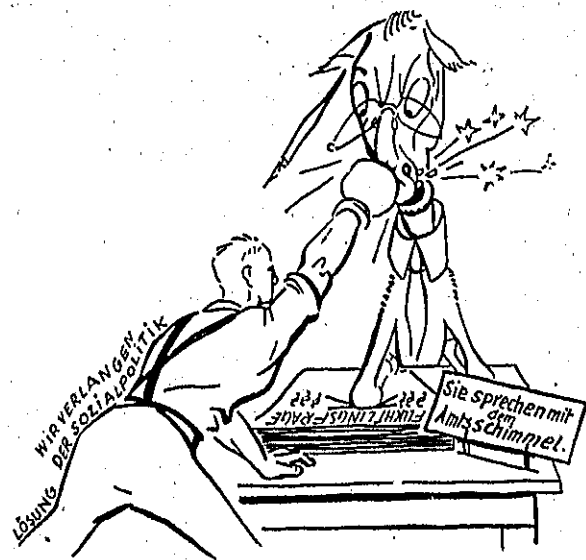
gleichberechtigt wart. So sah es aus in der Wirklichkeit, die hinter den vielen schönen Worten stand. Die Versäumnisse inmitten der Schönrede sind nun keineswegs die alleinige Schuld des



Bundesvertriebenenministers, der in der Umsiedlungsfrage vielleicht der wichtigste Versager war, der aber in allen anderen Fragen inmitten einer Koalition steht, die für das Vertriebenenproblem nur wenig Verständnis zeigt. Die Koalition aus CDU/CSU — FDP und DP, also die ganze Bundesregierung,

die das Flüchtlingsproblem wie alle anderen sozialen Probleme als lästig empfindet und am Rande ihrer ehrgeizigen Geltungspolitik behandelt — oder auch einfach liegen läßt —, ist an der Verschleppung Eures Blends schuld. Die Verzögerungstaktik im ganzen Bereich der Sozialpolitik, ob sie sich nun auf die Rentenerhöhung, um jene armseligen 3,— DM monatlich, ob sie sich auf die Reform des Versicherungswesens oder ob sie sich auf den Lastenausgleich beziehen mag, ist die Grundursache des Versagens. Es ist die Politik der Reichen gegen die Armen, der wirtschaftlich Starken gegen die Schwachen, wie sie sich am deutlichsten — um ein weiteres Beispiel zu nennen — in der Steuerpolitik der Bundesregierung auswirkt; diese Politik hat unter Nichtachtung der Versprechungen und gar der eigenen Gesetze zu jener Gleichgültigkeit gegenüber dem wichtigsten — und über Deutschland hinaus wichtigsten — Problem geführt.

Der Gedanke an den Treck, der in den ersten Wintertagen des vergangenen Jahres auftauchte, weckte bei manchem Vertriebenen Hoffnungen. Das erste Echo auf diese Ankündigung war eine Bemerkung des Bundesinnenministers, der sagte, daß er den Treck verhindern werde. Mit welchen Mitteln, das sagte er nicht. Mit polizeilichen Mitteln wird er kaum verhindert werden können. Der Marsch auf die Landstraße ist das letzte Mittel einer Verzweiflung, die keinen anderen Ausweg findet. Das einzige vernünftige Mittel, ihn zu verhindern, ist, ihn unnötig zu machen, d. h., der Verzweiflung mit den Mitteln der sozialen Hilfe zu be-



gegen. In diesem Treck werden die Menschen nicht vor einem anstürmenden Feind und vor berstenden Granaten flüchten, sondern vor der Unbarmherzigkeit und der Gleichgültigkeit ihrer Mitmenschen, die sich ihnen in der Bundesregierung und in ihrer Interessenlosigkeit gegenüber den sozialen Problemen zeigte; in jener Bundesregierung, die eher 12,4 Milliarden DM für einen Verteidigungsbeitrag als vielleicht den hundertsten Teil dieser Summe für die Umsiedlung herbeischafft.

Ihr aber, Ihr Vertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien, Polen, Litauen und dem Sudetenland und woher Ihr immer kommen möget, müßt wissen, wo die Ursache Eures immer noch nicht beseitigten Elends liegt: Es gibt keine Lösung der Flüchtlingsfrage ohne eine Lösung des gesamten sozialen Problems. Zu dieser Lösung gehört die Steuerpolitik und gehört die Reform des Versicherungswesens genau so wie die Fragen der Soforthilfe und des Lastenausgleichs. Erst die Gesamtlösung, die so beschaffen ist, daß das ganze deutsche Volk ein einheitliches Gefüge bildet, wird das Vertriebenenproblem wirklich lösen. Das ist — schon seit jenen Tagen, da die ersten Trecks nach dem Westen zogen — die Meinung und das Programm der sozialdemokratischen Partei. Und es ist ein Programm, das nur von der sozialdemokratischen Partei erfüllt werden kann; die Bundesregierung und ihre Parteien, mit denen nicht zuletzt auch der BHE liiert ist, haben viele wohlklingende Parolen, aber keine soziale Konzeption. Bei jeder stattfindenden Wahl habt Ihr es in der Hand, den Männern und Frauen Eure Stimme zu geben, die Eure berechtigten Forderungen wahrhaft und wirklich vertreten.

Die SPD fordert für die Umsiedlung mit gleichzeitiger Arbeitsbeschaffung jährlich eine Milliarde DM!

In der Sitzung des Bundestages vom 27. 3. 1952 wurde auf Initiative der SPD der folgende SPD-Antrag angenommen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, dem Deutschen Bundestag schnellstens den Entwurf eines Gesetzes, das die Umsiedlung der Flüchtlinge und Evakuierten, in Verbindung mit der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und dem Wohnungsneubau im Jahre 1952 im möglichst großen Ausmaße sicherstellen soll, vorzulegen. Dieses Gesetz soll über die für die Flüchtlingsumsiedlung, den sozialen Wohnungsbau und die Existenzbeschaffung im Haushalt vorgesehenen Mittel hinaus,

weitere 500 Millionen DM
für den Wohnungsbau und
weitere 500 Millionen DM
für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen bereitstellen.

Aufbringung der Mittel:

a) Wohnungsbau

Zur Förderung des Wohnungsbaues für Flüchtlinge und Evakuierte soll durch Gesetz eine Abgabe vom Entgelt für Überstundenleistungen festgesetzt werden, die vom Arbeitgeber zu entrichten ist und nicht auf den Arbeitnehmer abgewälzt werden darf.

b) Investitionen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen

Zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Heimatvertriebene und Evakuierte sollen die Investitionsmittel durch Gesetz den Reserven der Arbeitsverwaltung als Darlehen entnommen werden.

Verwendung der Mittel

a) Wohnungsbau

Das Aufkommen aus der Abgabe von Entgelten für Überstundenleistungen wird grundsätzlich in den Arbeitsamtsbezirken, aus denen das Aufkommen stammt, zum Wohnungsbau verwendet. Für jede Neubauwohnung werden durchschnittlich 3000,— DM bereitgestellt, die dem Wohnungsinhaber in der Abwertung 10:1 mit 300,— DM als unverzinsliches Darlehen, tilgbar in zehn Jahren, gewährt werden. Ein angemessener Anteil des Aufkommens aus

der Überstundenentgeltabgabe wird nach Maßgabe des Bedarfs zur Errichtung und Einrichtung von Lehrlingswohnheimen bereitgestellt.

b) Schaffung von Dauerarbeitsplätzen

Die Mittel aus den Reserven der Arbeitsverwaltung sollen entsprechend der Wohnraumerstellung zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, in Erweiterung vorhandener oder der Anlage neuer Arbeitsstätten, dienen. Dabei sollen Betriebe in Flüchtlingsabgabe- und Flüchtlingsaufnahmeländern nach Maßgabe der wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bundeswirtschaftsraum durch Hergabe von Darlehen, die im einzelnen 3000,— DM für jeden neu entstandenen Arbeitsplatz nicht übersteigen, Berücksichtigung finden.

Handwerksbetriebe der Mangelberufe erhalten die gleiche Förderung.

Betriebe in Sanierungsgebieten sollen zur Erhaltung oder Steigerung der Beschäftigungslage eine Steuerbegünstigung erfahren. Das gleiche gilt für die Einrichtung zusätzlicher Lehrstellen in den Mangelberufen.

c) Fürsorge für Arbeitsunfähige

Aus Bundesmitteln ist der Wohnungsbau für Heimatvertriebene und Evakuierte, deren Umsiedlung oder Rückkehr in die Heimat nicht

möglich ist, in den Gebieten, in denen ein über-
durchschnittlicher Wohnungsbedarf vorhanden
ist, bevorzugt zu fördern.

Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag
glaubt mit diesem Antrag wesentlich zur Ent-
spannung des Problems der Heimatvertriebenen
beizutragen.

Es liegt jetzt an der Bundesregierung, durch
schnellste Bearbeitung des Gesetzentwurfes den
Erfolg zu sichern.

Helft uns

eine bessere Bundesregierung schaffen!

Wir versprechen keine Wunder

aber wir halten unser Wort!



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn

Druck: Verlag Lübecker Freie Presse, GmbH., Lübeck